

Knapp, Horst

Article

Krisengerede oder Krisengefahr?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Knapp, Horst (1982) : Krisengerede oder Krisengefahr?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 8, Iss. 2, pp. 299-308

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332076>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Krisengerede oder Krisengefahr?

Horst Knapp

Die Verschleißwirtschaft, die uns die Ökologen zum Vorwurf machen, betreiben wir auch mit Wörtern. „Krise“ etwa, noch vor gar nicht so langer Zeit Inbegriff eines Traumas, das auf Generationslänge die Denk- und Verhaltensmuster der Österreicher geprägt hatte, ist heute eine durch alltäglichen Gebrauch abgegriffene Scheidemünze für das Stammtischgeplauder. Merkwürdig: So wild kann es beispielsweise in Irland gar nicht zugehen, daß unseren Journalisten das Wort „Bürgerkrieg“ in die Feder fließt; die Schreibe ist nur von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“. Wo immer es aber um *krisenähnliche Einzelentwicklungen* geht, springt uns aus den Schlagzeilen gleich die Krise ins Genick.

Eine semantische Spielerei? Vielleicht doch mehr als das, denn wie jemand, der schon bei einem Schnupfen den Todkranken mimt und den Medikamentenschrank plündert, einem schweren Grippeanfall nicht besser, sondern weniger gut gewachsen sein wird, ist die jetzt grassierende Krisenstimmung kaum die rechte Abhärtung für eine wirkliche Krise.

Eine solche für alle Zukunft auszuschließen, würde aber – anders als noch vor zehn Jahren – heute kein ernstzunehmender Nationalökonom mehr wagen, denn selbst wenn er zu dem rasch dahinschmelzenden Häuflein derer gehörte, die sich den bedingungslosen Glauben an die Unfehlbarkeit der keynesianischen Krisentherapie bewahrt hat, müßten ihn angesichts des internationalen Befundes Zweifel beschleichen an der *Bereitschaft* der Wirtschaftspolitik, diese Therapie anzuwenden.

Oder auch an ihrer *Fähigkeit*, das zu tun: Nähert sich vielerorts der Staat zugleich Besteuerungs- und Verschuldungsgrenzen, ist es leichter gesagt als getan, eine krisenhafte Nachfragerücke mit vermehrten Staatsausgaben zu schließen und die arbeitslos Gewordenen notfalls

mit dem Aufgraben und Wiederschütten von Löchern zu beschäftigen (oder ins Moderne übertragen: mit Verrichtungen – etwa im Bereich der Umweltverbesserung –, deren gesellschaftliche Notwendigkeit nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß sie budgetär finanzierbar sein müssen). Und ebenso sehr hapert es wegen der Zahlungsbilanzfolgen mit der Fähigkeit, zur Krisenbekämpfung die von Keynes rechtens empfohlene Politik des billigen Geldes einzusetzen – es sei denn, dies geschehe im internationalen Gleichschritt. Eine internationale Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik wird jedoch – das zeigt sich seit den siebziger Jahren – umso dornenvoller, je schwerer die internen Wirtschaftsprobleme der einzelnen Länder werden.

Weshalb für die Zukunft auch nicht mit absoluter Sicherheit eine Wiederholung jenes protektionistisch-autarkistischen Catch-as-catch-can auszuschließen ist, der vor einem halben Jahrhundert die krisenhaften Entwicklungen in einigen Ländern zu einer veritablen Weltwirtschaftskrise aufschaukelte. Es macht die Sache nicht besser, daß mittlerweile eine Unzahl von subtilen Techniken – schamhaft „administrative Handelshemmnisse“ genannt – entwickelt wurde, um den feierlich verbannten Protektionismus durch die Hintertür wieder hereinzulassen. (Das liest sich dann beispielsweise – in der „Industrie“ vom 28. August 1981 unter der Überschrift „Normen gehören zur Handelspolitik“ – so: „Allerdings werden die in der Önorm enthaltenen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten viel zu wenig genützt, wenn ein deutscher oder ein italienischer Exporteur Ware nach Österreich liefert, gibt es keine rechtliche Handhabe, diese Ware an den Grenzen zurückzuhalten. Der Grund liegt darin, daß der österreichische Staat in den früher abgeschlossenen Handelsverträgen auf derartige Sicherheitsmaßnahmen für die österreichischen Produzenten und Konsumenten verzichtet hat.“)

Wohlgermerkt: Mit dem Hinweis auf Momente, die ein beherztes Ausrücken der Krisenfeuerwehr fragwürdig und eine Lokalisierung der Brandherde unwahrscheinlich machen, soll keineswegs die Gefahr an die Wand gemalt werden, daß sich die jetzige Rezession oder eine der in immer knapper werdendem Abstand folgenden Rezessionen (je flacher der Wachstumspfad, desto leichter kippt die Wachstumsrate ins Minus) zu einer „echten“ Krise steigern werden. Gesagt werden sollte mit alledem nur, daß das passieren kann. Aber selbst auf die *bloße Möglichkeit* einer solchen Zuspitzung müßte jedes „risk management“ – sei es das des Unternehmens, sei es jenes des Staates – damit reagieren, *daß der Liquidität Vorrang vor der Expansion eingeräumt wird*. (Der gewissenhafte Nationalökonom muß hier allerdings hinzufügen, daß sich einzelwirtschaftliche Entscheidungen in ihrer Summe als gesamtwirtschaftlich falsch erweisen können: Würden sämtliche Unternehmen und sämtliche Haushalte vorrangig Krisenvorsorge betreiben – lies: möglichst wenig investieren bzw. möglichst viel sparen –, würde diese Krisenvorsorge selber zur Krisenursache.)

Noch eine zweite Bemerkung ist aber nach soviel Krisenspekulation unbedingt angebracht: *Hier und heute ist jede Verwendung des Aus-*

drucks „Krise“ unangebracht. Der Ton liegt freilich auf „hier und heute“. Weshalb auf heute, wurde bereits angedeutet; notwendig ist nur noch der ergänzende Hinweis, daß der eindeutige Erfolg *Österreichs* bei der Abwehr der Rezession 1974/75 und insbesondere der Beschäftigungsfolgen, die sie nahezu weltweit gezeitigt hat, nicht als Beruhigungsspielle, sondern eher als Alarmsignal gewertet werden sollte:

Als Alarmsignal deshalb, weil gerade dieser Erfolg den Schluß zuläßt, daß sich hier sowohl der Staat wie die Wirtschaft schon bei diesem ersten schweren Rückschlag mehr verausgabt haben als in jenen Ländern, in denen man dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit achselzuckend zugesehen hat. Beim Staat wie bei den Unternehmungen zeigt sich diese Verausgabung zugunsten der Vollbeschäftigung in einem so starken Anstieg der Verschuldung, daß sich dieses Erfolgsrezept noch auf viele Jahre hinaus kein zweites Mal ebenso beherzt anwenden ließe.

Eingebüßt hat *Österreich* im Zuge dieser erfolgreichen Rezessionsbewältigung aber auch seinen *wirtschaftspolitischen Autonomiespielraum*: Nach zwei Jahrzehnten einer per Saldo ausgeglichenen Leistungsbilanz ist im Zuge der Beschäftigungssicherung mittels Deficit Spending des Staates – und mittels „Deficit Spending“ auch der Betriebe, die den Gewinnrückgang mit wachsenden Kreditaufnahmen wettmachen mußten – die *Leistungsbilanz* sosehr ins Minus gekippt, daß sie unsere Wirtschaftspolitik unentrinnbaren Sachzwängen unterwirft.

Die hausgemachte Wachstumsdämpfung 1978 – damals mußte der Zahlungsbilanz zuliebe das Wachstumstempo von 4,4 auf 0,5 Prozent heruntergebremst werden, wogegen es sich im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder von 2,3 auf 3 Prozent beschleunigte – mag nur von einem engen Kreis von Experten als ein solcher Sachzwang der Wirtschaftspolitik registriert worden sein. Nicht bloß ein enger Kreis von Experten registriert aber das *Fehlen unserer zinspolitischen Autonomie* seit nunmehr zweieinhalb Jahren: Unser heutiges Zinsniveau entspricht weder der relativen Stabilität des Schilling noch der rezessiven Konjunkturlage noch der Notwendigkeit, den Strukturwandel zu beschleunigen. Aber die Währungspolitik hat, im Banne der Zahlungsbilanz stehend, keine andere Wahl.

Nicht einmal die, den Kurs des Schilling gegenüber der D-Mark purzeln zu lassen. Selbst wenn dies, wenigstens vorübergehend, die Leistungsbilanz entlasten könnte, müßte das Zinsniveau aus zwei Gründen hoch bleiben oder sogar noch steigen: Erstens zur Eindämmung der importierten Inflation, zu der es bei einer Abwertung unweigerlich kommt, und zweitens zur Kompensierung des Wechselkursrisikos, das dann mit jeder Veranlagung ausländischer, aber auch inländischer Gelder in einem möglicherweise weiter abdriftenden Schilling verbunden wäre.

Doch nach dieser (hoffentlich inaktuellen) Abschweifung zurück zu der – nolens volens – *importierten Deflation*, als die man eine Prime Rate von real sechs bis sieben Prozent bei einer Wachstumsrate von plus/minus Null ohne jede Melodramatik bezeichnen darf. Was sich

nämlich in diesem internationalen Rekordstand des Zinsniveaus widerspiegelt – eines Niveaus, mit dessen Unterschreitung im Jahre 1979 wir uns ebenfalls verausgabt hatten –, ist nämlich nicht bloß das Ausmaß, das die *Inflation* in den meisten Ländern erreicht hat, sondern ebenso sehr die Priorität, die die meisten Länder der *Inflationsbekämpfung* einräumen. Dies selbst um den Preis von Arbeitslosenzahlen, die in der Gesamtheit der westlichen Industriestaaten absolut (wenn auch nicht relativ, d. h. bezogen auf das weit größere Arbeitskräftepotential) heuer bereits ebenso hoch sind wie vor 50 Jahren in der Krise.

Diese Priorität für die Inflationsbekämpfung braucht man nicht zu billigen, und für Österreich (aber fast nur noch für Österreich) kennzeichnend ist, daß über den Vorrang für die Erhaltung der Vollbeschäftigung Konsens zwischen allen politischen Parteien und Interessenvertretungen besteht. Aber das kleine Österreich ist nicht der archimedische Punkt, von dem aus sich die Welt aus ihren wirtschaftspolitischen Angeln heben läßt. Anstatt die Nase zu rümpfen über den nahezu weltweiten Rückfall in präkeynesianische Barbarei sowohl in der Wirtschaftstheorie wie in der Wirtschaftspolitik, sollten wir zu ergründen versuchen, wieso es zu diesem völligen Umkippen in der Prioritätenskala kommen konnte; dies schon deshalb, damit wir uns nicht irgendwelchen Illusionen hinsichtlich einer baldigen Rückkehr der westlichen Industriestaaten zu einer in unseren Augen „vernünftigen“ Wirtschaftspolitik hingeben.

Dabei brauchen wir uns nicht lange bei dem nach österreichischem – aber anscheinend bald nur noch nach österreichischem – Empfinden zynischen Kalkül aufzuhalten, daß eine 10prozentige Arbeitslosenrate nur 10 Prozent der Bevölkerung treffe, eine 10prozentige Inflationsrate aber 100 Prozent der Bevölkerung. (Füglich ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß in vielen Ländern – beispielsweise in den USA – die Beschleunigung des Preisauftriebes für die Mehrzahl der Arbeitnehmer eine Reallohnseinbuße bewirkt und daß nicht überall das System der Altersvorsorge, insbesondere der privaten oder betrieblichen, einigermaßen inflationsresistent ist.)

Zu wenig bewußt ist uns aber, vielleicht weil die Entwicklung in Österreich etwas anders verlaufen ist, die quasi *säkulare Inflationsbeschleunigung*, also die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt eklatanter werdende Verfehlung des Stabilitätszieles. Zur Illustration einige markante Daten (aus „International Financial Statistics“, Yearbooks 1979 und 1981, herausgegeben vom Internationalen Währungsfonds):

Allein in den sieben Jahren 1974 bis 1980 sind im Durchschnitt der Industriestaaten die Verbraucherpreise um 93,5 Prozent gestiegen – fast so stark wie in den 22 Jahren 1952 bis 1973 (95,3 Prozent).

Angesichts dieser deutlichen Inflationsbeschleunigung darf es eigentlich nicht überraschen, daß innerhalb des „Magisches Polygons“ der obersten Wirtschaftsziele das der *Geldwertstabilität*, weil immer weiter verfehlt, in der Prioritätsskala nach vorne gerückt ist, und daß Wirtschaftstheorien an Einfluß gewonnen haben, die den absoluten Vorrang der Inflationseindämmung rechtfertigen (und teilweise dar-

Jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise in %

	1950	1960	1970	1980	Differenz 1980 gegen 1950 in %-Punkten
Welt	0,3	2,6	6,0	15,5	+15,2
Industriestaaten	- 0,3	1,8	5,6	12,0	+12,3
USA	- 1,3	1,5	5,9	13,5	+14,8
(Österreich)	14,6	2,1	4,3	6,3	- 8,3)

Budgetsaldo und Arbeitslosenrate

	Budgetdefizit			Arbeitslosenrate		
	1975 in % des BIP	Veränderung 1973/75 in %-Punkten	1975/80	1975 in %	Veränderung 1973/75 in %-Punkten	1975/80
Österreich	4,71	+3,39	-1,77	2,0	+0,4	-0,1
Belgien	4,73	+1,86	+3,90	6,7	+2,9	+4,1
BRD	3,30	+2,99	-1,38	4,7	+3,5	-0,8
Dänemark	3,69	+5,15	.	6,0	+4,9	+0,9
Finnland	2,23	+3,96	+0,66 ^{a)}	2,2	-0,1	+3,9 ^{a)}
Frankreich	2,96	+3,62	-2,95	4,0	+2,2	+2,2
Großbritannien	8,02	+4,80	-3,02	4,1	+1,4	+3,3
Italien	13,12	+4,21	-2,12	6,1	-0,6	+1,5
Japan	4,73	+3,12	+0,58 ^{a)}	1,9	+0,2	+0,2 ^{a)}
Kanada	3,74	+2,38	-0,30	6,9	+1,3	+0,6
Niederlande	3,06	+3,34	+1,70	5,0	+2,2	+0,8
Norwegen	4,54	+2,17	.	1,3	+0,5	-
Schweden	2,62	-0,19	+5,67	1,6	-0,9	+0,3
Schweiz	1,26	+0,16	-1,22	0,3	+0,3	-0,1
USA	4,92	+4,31	-2,29	8,5	+3,6	-1,4
Ø (ungewogen)	4,51	+3,02	-0,20	4,1	+1,5	+1,0
(ohne Dänemark und Norwegen)	4,57	+2,92	-0,20	4,2	+1,3	+1,0)

a) 1979

Korrelationen:

Arbeitslosenrate 1975 - Budgetdefizit 1975

$$y = 4,2953 - 0,0304x \quad r = -0,1190$$

Arbeitslosenrate 1975 - Defizitanstieg 1973/75

$$y = 1,7266 + 0,7820x \quad r = 0,4915$$

Anstieg der Arbeitslosenrate 1973/75

- Defizitanstieg 1973/75

$$y = 0,02709 + 0,4905x \quad r = 0,4417$$

Anstieg der Arbeitslosenrate 1975/80

- Defizitabbau 1975/80

$$y = 0,9049 + 0,1628x \quad r = 0,2089$$

über hinaus auch einen Vorrang für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Wiederherstellung des – häufig ebenfalls verlorengegangenen – *Leistungsbilanzgleichgewichtes* postulieren).

Zum zweiten wird man selbst als prinzipieller Anhänger der keynesianischen Denkweise eingestehen müssen, daß das *Instrument des Deficit Spending in und nach der Rezession 1974/75 nur ausnahmsweise die erhoffte Wirkung der Beschäftigungsstabilisierung gezeitigt hat*. Die folgende Tabelle spricht diesbezüglich leider eine ernüchternde Sprache:

Im erwarteten Sinn (allerdings insignifikant schwach: $r = -0,12$) negativ ist bloß die Korrelation zwischen dem Nettodefizit im Rezessionsjahr 1975 und der Arbeitslosenrate: Bei den 15 untersuchten Ländern bedeutet ein BIP-Prozentpunkt mehr an Budgetdefizit bloß eine um 0,03 Prozentpunkte niedrigere Arbeitslosenrate. Signifikant positiv ($r = 0,49$ bzw. $r = 0,44$) korreliert dagegen sowohl das Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Jahr 1975 wie ihr Anstieg in den Jahren 1974 und 1975 mit der Defizitauseitung in diesem Zeitraum.

Natürlich wäre es absurd, daraus den (monetaristischen) Kausalneus abzuleiten, daß der keynesianische Einsatz der Fiskalpolitik die Arbeitslosigkeit vergrößert habe, denn nach aller Logik ist der Kausalzusammenhang der genau umgekehrte: Wegen des Anstieges der Arbeitslosenrate wurde fast allenthalben sehr massiv Deficit Spending betrieben.

Dies allerdings – und das erklärt die nach 1974/75 weltweit aufgekommenen Zweifel an der theoretischen Richtigkeit und der praktischen Wirksamkeit der keynesianischen Konzeption – mit ganz überwiegend nur sehr geringem Erfolg, obwohl natürlich niemand sagen kann, um wieviel stärker der Anstieg der Arbeitslosigkeit *ohne* eine expansive Fiskalpolitik ausgefallen wäre. (Insofern ist auch das Ergebnis der Jahre 1976 bis 1980, die per Saldo einen leichten Defizitabbau gebracht haben, nicht sonderlich überzeugend: Zwar zeigt sich, daß bei einer Verminderung des Deficit Spending die Arbeitslosenrate steigt, aber die Korrelation zwischen Defizitabbau und Anstieg der Arbeitslosenrate ist mit 0,21 insignifikant.)

Noch ein anderer Schluß läßt sich jedoch aus diesen Regressionsgleichungen ableiten: daß sich das *österreichische „Vollbeschäftigungswunder“* mit dem Einsatz der Budgetpolitik nicht ausreichend erklären läßt, denn weder die Höhe des 1975 verzeichneten Nettodefizits (4,71 Prozent des BIP im Vergleich zu 4,51 Prozent im Durchschnitt der in die Tabelle aufgenommenen 15 Staaten; 5,19 Prozent im Mittel aller OECD-Länder) noch dessen Ausweitung 1973/75 (+ 3,39 BIP-Prozentpunkte, im Vergleich zu + 2,92 bzw. + 3,26) waren überdurchschnittlich groß. (Statistisch ausgedrückt: Jeweils auf der Regressionsgeraden wäre Österreich 1975 erst mit einer Arbeitslosenrate von über 4 Prozent bzw. mit einem Anstieg um 1,7 Prozentpunkte zu liegen gekommen.)

Das legt den Schluß nahe, daß zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in und nach der Rezession die *Einkommenpolitik* mindestens ebensoviel beigetragen hat wie die Budgetpolitik. Auch von der Größenordnung

her ist dieser Schluß nicht unplausibel: Wenn 1974/75 der Volkseinkommenanteil der Löhne und Gehälter um 3,8 Prozentpunkte gestiegen und jener der Profite im weitesten Sinn um 3,7 Prozentpunkte gesunken ist, bedeutet diese Gewinneinbuße ein „*Deficit Spending*“ der Wirtschaft von 17,86 Mrd. S oder 2,72 Prozent des Brutto-Inlandprodukts 1975. (Bis 1980 konnten im Zuge der zweiten Phase dieses „einkommenpolitischen Balanceakts“ die Nicht-Lohneinkommen gut die Hälfte dieser Anteilseinbuße wieder wettmachen.)

Angeführt wird diese methodisch gewiß anfechtbare Quantifizierung der Wirkung, die die in Österreich (und in Japan) vorherrschende Tendenz gezeitigt hat, *Auslastungsschwankungen tunlichst über die Produktivität statt über die Beschäftigung auszusteuern*, zugleich zur Exemplifizierung der Unzulässigkeit eines Rückschlusses vom österreichischen Beispiel auf Länder, denen aus historischen und institutionellen Gründen das Instrument der Einkommenpolitik nicht zur Verfügung steht und die daher in einer Situation der *Stagflation* versuchen müssen, das Doppelproblem Inflation – Arbeitslosigkeit entweder mit einer *Sukzessivstrategie* (dem monetaristischen Ansatz, wie er insbesondere in Großbritannien praktiziert wird) oder mit einer – in sich widersprüchlichen – *Simultanstrategie* zu lösen („Reaganomics“: expansive Supply-side-Politik gegen die Stagnation, restriktive Geldmengen- und Zinspolitik gegen die Inflation).

Unerörtert soll hier bleiben, ob die diesen Strategien zugrundeliegenden Modellvorstellungen der Kritik standhalten. Selbst wenn sie das nicht tun, ändert das nichts an der Tatsache, daß Österreich nicht nur mit der Vollbeschäftigung, sondern auch mit dem Vollbeschäftigungsprimat aus der Reihe tanzt. Deshalb sollten wir auch unsere Erwartungen hinsichtlich beispielsweise der internationalen Zinsentwicklung besser nicht auf die wahrscheinlich trügerische Hoffnung gründen, daß angesichts einer wachsenden Arbeitslosenzahl die USA und andere wichtige Länder bald von Restriktion auf Expansion würden schalten müssen.

*

Zusammenfassend scheinen die bisherigen Überlegungen folgendes Szenario für die achtziger Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus zu rechtfertigen:

1. Auch wenn hier und jetzt von einer Krise keine Rede sein kann, läßt sich eine „echte“ Krise nicht mehr für alle Zukunft ausschließen, weil Zweifel sowohl an der Fähigkeit wie an der Bereitschaft der Wirtschaftspolitik am Platz sind, die von Keynes entwickelte Krisentherapie anzuwenden. Überdies bestreitet eine tonangebende Mehrzahl von Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern in den westlichen Industriestaaten heute überhaupt die Richtigkeit dieser Therapie (wenn nicht sogar jedweder Therapie; man beginnt wieder, wie in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, an die „Selbsteilungskräfte der Wirtschaft“ zu glauben, die aus dem „Stahlbad“ einer Krise gereinigt und gestärkt hervorgehe).
2. Österreich hat sich mit der erfolgreichen Abwehr der Rezession 1974/

75 und der nachhaltigen Folgen für die Beschäftigung, die in den meisten Ländern diese Rezession – oder vielleicht eher der von ihr bloß akzentuierte „Wachstumsknick“ – gezeitigt hat, auf allen Ebenen (Staatsverschuldung, Unternehmensverschuldung, Auslandsverschuldung) so sehr verausgabt, daß wir nicht noch ein zweites Mal aus dem internationalen Geleitzug in eine Rezession oder gar Krise ausscheren könnten; wieviel von unserem wirtschaftspolitischen Autonomiespielraum wir aus Zahlungsbilanzgründen bereits eingebüßt haben, beweist die Notwendigkeit, an ein internationales Zinsniveau anzudocken, das in Widerspruch steht zu dem binnenwirtschaftlich gebotenen.

3. Dieses internationale Zinsniveau spiegelt neben dem Inflationstempo auch den eindeutigen Vorrang wider, den die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern der Inflationsbekämpfung einräumt; der Vernachlässigung der damit Hand in Hand gehenden hohen Arbeitslosenraten kommt der Umstand zustatten, daß in der Wirtschaftswissenschaft Denkschulen im Vormarsch sind, die als Ursache für Arbeitslosigkeit ausschließlich zu hohe Löhne gelten lassen wollen.
4. Da sich fast alle wichtigen Industriestaaten – Ausnahmen sind nur Japan und neuerdings Frankreich – zum Vorrang der Inflationsbekämpfung vor der Erhaltung oder Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bekennen, ist eine *deflationäre Kettenreaktion* nicht mehr so unwahrscheinlich wie vor der Rezession 1974/75, in deren Genesis sich erstmals seit den dreißiger Jahren eine solche Reaktion beobachten ließ: die nahezu weltweite Bekämpfung des ölpreisbedingten Kostenschubes mit einer monetären Restriktion der *Nachfrage*. Die Gefahr einer Kettenreaktion, von der auch Länder wie Österreich nicht unberührt bleiben würden, ist auch deshalb schwer von der Hand zu weisen, weil die Lektion der dreißiger Jahre in Vergessenheit zu geraten scheint und beim Auftreten von Zahlungsbilanzungleichgewichten protektionistische und autarkistische Ideen fröhliche Urständ feiern (wie etwa die Importsubstitution als eines der deklarierten Ziele der österreichischen Strukturpolitik).

Soviel zu der Möglichkeit – was nicht heißt: Höchstwahrscheinlichkeit oder gar Gewißheit –, daß es in den achtziger Jahren zu einer Krise im „klassischen“, nämlich *konjunkturellen*, Sinn kommen könnte. Die einzig richtige Reaktion sei es des Politikers, sei es des Managers auf eine solche Situation ist die, sich zu überlegen, mit welcher Strategie sich die quasi Überlebenschance, falls die Krise eintritt, maximieren und andererseits der aus Vorsicht in Kauf genommene Expansionsentgang minimieren läßt, falls die Krise ausbleibt.

Natürlich hängt das Ergebnis dieses Kalküls vom Grad der Wahrscheinlichkeit ab, die man subjektiv dem Eintreten eines solchen Ereignisses beimißt (und natürlich auch seiner Schwere; „Krise“ ist ja kein eindeutig – z. B. mit x Prozent Arbeitslosen – definierbarer Zustand). Gleichermäßen falsch wären nur beide Extremreaktionen: Wie weiland Nestroys Knieriem an den Kometen an die Gewißheit einer neuen Weltwirtschaftskrise zu glauben oder aber blindlings darauf zu

vertrauen, daß sich so etwas nie wieder ereignen könne bzw. daß, falls es sich ereignete, Österreich dennoch eine einsame Insel der Vollbeschäftigung und der Prosperität bliebe . . .

Dies zur Möglichkeit einer Krise im Sinne eines dramatischen Konjunktur einbruches. Zumindest angedeutet werden muß aber abschließend auch die Möglichkeit – und auch hier: nicht Wahrscheinlichkeit und nicht Gewißheit – einer *strukturellen* Krise. Oder zutreffender: irgendeiner der ganz unterschiedlichen Strukturkrisen, die zumindest denkmöglich sind. Lassen wir von ungezählten futuristischen Alpträumen zumindest vier Revue passieren.

Das erste Szenario einer Strukturkrise wurde 1981 in Alpbach vom früheren französischen Planungschef Michel Albert skizziert: ein *Mutationssprung in der internationalen Arbeitsteilung*: Europa muß zu real immer höheren Preisen Rohstoffe und Energie importieren und büßt zugleich sein historisches Know-how-Monopol ein; einerseits sind Schwellenländer wie Brasilien bereits sogar in hochwertigen Technologien – Flugzeugbau! – sattelfest, andererseits spielt sich der technologische Durchbruch zur Hervorbringung künstlicher Intelligenz in den USA und Japan ab. Logisch zu Ende gedacht, ist das eine Bedrohung nicht nur des Wohlstandes, sondern auch der Arbeitsplätze in Europa. Und was Österreich betrifft, sogar eine besonders starke Bedrohung, denn in Ermangelung selbst von Mini-Multis ist die Verlagerung von arbeitsintensiven (Teil-)Fertigungen in Niedriglohnländer bei uns noch nicht annähernd so weit gediehen wie in Deutschland, der Schweiz oder Schweden.

Das zweite Szenario wurde anlässlich einer IASA-Konferenz in Laxenburg vom MIT-Systemdynamiker Jay Forrester dargelegt: Die Industriestaaten befinden sich wie seinerzeit in den dreißiger Jahren in der Endphase des – vom Schumpeter wiederentdeckten – *Kondratieff-Zyklus*. Die Überkapazitäten insbesondere in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien müßten durch eine große Depression beseitigt werden, bevor eine neue Innovationswelle den nächsten langfristigen Aufschwung einleiten kann – eine höchst spekulative Theorie, die jedoch mit beunruhigend vielen Fakten übereinstimmt: Leerkapazitäten in vielen Industriezweigen, Verlangsamung des Produktivitätsanstieges, Gewinnschwund, Verstärkung des Preisauftriebs, Zunahme der Arbeitslosigkeit. (Allerdings ist Vorsicht angebracht, wenn bei Computermodellen ein so genaues Bild der Realität herauskommt; jedes Modell muß ja so konstruiert sein, daß zumindest die Diagnose des Ist-Zustandes stimmt . . .)

Ein drittes Szenario hat der heutige Staatssekretär Prof. Hans Seidel bei mehreren Gelegenheiten präsentiert: die innere Aushöhlung der Industriegesellschaft durch das Umsichgreifen *postindustrieller Wertvorstellungen und Verhaltensweisen*, von der Ablehnung des Leistungsprinzips und des angeblichen „Konsumterrors“ über den Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie bis zur Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit und zu sozial-romantischen Vorstellungen von alternativen Lebensformen nach dem vorindustriellen Subsistenzprinzip ohne

arbeitsteilige Produktion und ohne marktpreisgesteuerte Distribution.

Ein viertes Krisen-Szenario hat allen bisher angeführten die Möglichkeit, wenn nicht sogar Wahrscheinlichkeit voraus, noch in diesem Jahrzehnt aktuell zu werden: die *Unfinanzierbarkeit des Leistungs- und Sozialstaates* europäischer Ausprägung.

Es könnte sich durchaus erweisen, daß es kurzfristig war, schon in der Phase des Rekordwachstums die Steuerquellen soweit auszuschöpfen, daß der Versuch, die Verlangsamung des „natürlichen“ Einnahmenanstieges des öffentlichen Sektors mit einer weiteren Erhöhung der Steuerbelastungsquote auszugleichen, am zunehmenden Steuerwiderstand scheitert und/oder den „grauen Sektor“ der Volkswirtschaft anschwellen läßt. Solchen Besteuerungs- und in weiterer Folge auch Verschuldungsgrenzen Rechnung zu tragen, hieße unweigerlich in vermeintlich wohlverworbene Rechte einzeln und in als gesichert geltende Besitzstände von Interessengruppen eingreifen – ein Vorgehen, das in den USA angesichts der Staatsfeindlichkeit großer Teile der Wählerschaft politisch um vieles leichter ist als in Europa oder speziell in Österreich mit einer ebenso ausgeprägten *Staatsgläubigkeit* der Wählermassen. Der Beweis dafür, daß die pluralistische Demokratie imstande ist, Opfer und Lasten ebenso gerecht zu verteilen wie seit Jahrzehnten Benefizien, mußte bisher noch nicht erbracht werden; keinerlei Verlaß ist aber darauf, daß er uns auch in Zukunft erspart bleiben wird.

*

(Bloßes) Krisengerede oder (echte) Krisengefahr? Die Antwort auf die Titelfrage bleibt auch nach diesen – eher praxisnahen als wissenschaftlich fundierten – Überlegungen offen. Bezeichnend für die Änderung der Bewußtseinslage binnen weniger als einem Jahrzehnt ist aber, daß eine solche Frage überhaupt gestellt werden kann: Bis in die siebziger Jahre hinein hatte sich, von vereinzelt Außenseitermeinungen abgesehen, die akademische Auseinandersetzung noch auf den realisierbaren Feinheitsgrad der wirtschaftspolitischen Aussteuerung der Abweichungen vom Potentialwachstum beschränkt und war die öffentliche Meinung fest davon überzeugt gewesen, daß „Krise“ eine Vokabel von nur noch historischer Bedeutung sei. Heute dagegen dürfte sich selbst in Österreich als jenem Land, das als eines von ganz wenigen den „Quantensprung“ der Arbeitslosigkeit auf ein vielfach bereits Krisenniveau bisher hat abwenden können, niemand mehr finden, der den seinerzeit gerne zitierten Ausspruch Ludwig Erhards: „Konjunkturen sind nicht unser Schicksal, Konjunkturen sind unser Wille!“ nicht als Hybris empfände.

Oder zumindest als Voreiligkeit, hat es doch mittlerweile rückblickend den Anschein, daß die mehr oder minder perfekte Meisterung des „Magischen Polygons“ weniger der Wirtschaftspolitik und der ihr zugrundeliegenden Wirtschaftstheorie als vielmehr einem (historisch atypischen) *Wachstumsschub in Generationslänge* zu verdanken war, dessen abruptes Ende bisher weder wirtschaftstheoretisch noch wirtschaftspolitisch bewältigt worden ist . . .